

Diskussion beim

172. Treffen der Attac Inhaltsgruppe Grundeinkommen und 140. Treffen des Runden Tisch Grundeinkommen

Moderation: Franz Schaefer

Protokoll: Martin Diendorfer

Teilnehmer:innen: Ulli und Klaus Sambor, Franz Schäfer, Martin Diendorfer, Ilse Kleinschuster, Franz Linsbauer, Christine Kamelreiter, Heinz Swoboda .

Inhaltliche Diskussion 14. April (16:40 bis 17:25)

Wie kann das BGE konkret eingeführt werden? technisch/politisch

Klaus verweist auf die Aktivitäten nach dem Volksbegehren wie Pressekonferenz und Behandlung im Nationalrat. Und dass dann, gemäß des Volksbegehrentextes in einem Prozess mit der Zivilgesellschaft die Umsetzung ausverhandelt werden soll.

Martin unterscheidet politische und technische Aspekte. Zu erstem: Davon ausgehend, dass unser Anliegen für die politischen Entscheidungsträger:innen so lange irrelevant sein wird, wie das BGE bei Wahlen nicht vertreten ist und daher nicht gewählt werden kann stellen sich die Fragen ob es einer eigenen BGE-Partei bedarf oder versucht werden soll, in bestehenden Parteien BGE-Gruppen zu formieren. In Deutschland ist beides der Fall.

Zu zweitem stellt sich die Frage ob ein erster Schritt sein könnte, die derzeitige Sozialstaat-Logik der Repression und des Bittstellens um Almosen durch z.B. eine Sozialdividende, die sich aus Vermögenssteuern finanziert und bedingungslos unter allen Einwohnern aufgeteilt ausbezahlt wird, zu durchbrechen.

Klaus weist darauf hin, dass Umfragen ergeben, dass soziale Fragen an erster und der Klimawandel an zweiter Stelle für die Menschen stehen.

Franz S. sieht das BGE, bzw. die Diskussion darüber, auch als Anregung über das bestehende System nachzudenken, insbesondere über Machtfragen. Die Chancen auf eine Einführung eines BGE sieht er gering.

Ilse hält fest, dass das BGE auch ökologisch wirken muss und eventuell mit einer CO²-Zertifikatszuteilung für jeden einzelnen Menschen verbunden werden könnte. Die sozialen Probleme sind nur in Verbindung mit den ökologischen lösbar.

Franz L. hat keine Hoffnung in die parlamentarische Behandlung des Volksbegehrens und sieht auch die Dringlichkeit der ökologischen Frage.

Christine hält es für wichtig bestehende Strukturen zu durchbrechen. Junge Menschen haben Ahnung von den Dingen und müssen eingebunden werden. Sie hätte auch lieber den Begriff „Lebensgrundlage“ statt „Grundeinkommen“. Und auch ihr ist die Ökologie wichtig.

Franz L. hält das vorhandene Bewusstsein und Wissen über Vermögensungleichheiten für viel zu gering und sieht hier Aufklärungsbedarf.

Christine erinnert, dass die Einführung einer Finanztransaktionssteuer ja die Kernforderung von Attac ist.